

## Pressemitteilung zum Landesraumordnungsprogramm

Gruppe SPD/Grüne übt scharfe Kritik an geplanten Änderungen des niedersächsischen Landesraumordnungsprogramms zum Gipsabbau

Die Gruppe von SPD/Grünen im Kreistag Göttingen verurteilt den Wegfall der Ausschlusswirkung zum Gipsabbau im aktuellen Entwurf des Landesraumordnungsprogramms.

„Wir sprechen uns hier vor Ort entschieden gegen die Pläne des Landes aus, die Ausschlusswirkung zum Gipsabbau für diese besonders schützenswerte Landschaft aus dem neuen LROP zu streichen. Der vor Jahren gefundene Gipskompromiss war und wäre weiterhin der richtige Weg“, erklärt Dr. Thorsten Heinze, Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreistag Göttingen.

Das Land Niedersachsen hat laut BUND die geplanten Erweiterungen mehrerer Vorranggebiete zum Gipsabbau im Landkreis Göttingen in der überarbeiteten Fassung des LROP gestrichen – das ist aus Sicht der Mehrheitsgruppe von SPD und Grünen richtig und war von ihr gefordert. Allerdings werde durch den gleichzeitigen Entfall der Ausschlusswirkung, der Gipsabbau in weiten Teilen durch die Hintertür wieder möglich gemacht.

Die Gipskarstlandschaft Südharz ist eine hochsensible Landschaft, die ambitioniert geschützt werden muss, sie ist europaweit herausragend“, erklärt Steffani Wirth, Fraktionsvorsitzende der Grünen Kreistagsfraktion. „Diese Region zu schützen, ist ein großes Ziel unserer politischen Arbeit.“ So sei der Schutz der Gipskarstlandschaft Südharz auch im Gruppenvertrag der SPD und der Grünen festgehalten.

Die Südharzer Gipskarstlandschaft mit ihren europäischen Natura-2000-Gebieten ist als Hotspot der biologischen Vielfalt international anerkannt. 2021 hatte das Land nach massiven Protesten des BUND Niedersachsen und seiner Partner seine Pläne zur deutlichen Ausweitung der Vorrangflächen für den Gipsabbau im Südharz aufgegeben.